

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marco Wanderwitz, Ute Bertram, Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Siegmund Ehrmann, Burkhard Blienert, Marco Bülow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 18/3727 –**

### **Die Welt neu denken – Der 100. Jahrestag der Gründung des Bauhauses im Jahre 2019**

#### **A. Problem**

Im Jahr 2019 jährt sich zum einhundertsten Mal die Gründung des Bauhauses. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD betonen in ihrem Antrag, im Jahr 1919 sei vom Bauhaus ein kultureller Aufbruch ausgegangen. Das Bauhaus stehe bis heute für eine moderne, offene und freiheitliche Gesellschaft. Es sei zudem der erfolgreichste kulturelle Exportartikel Deutschlands. Das Jubiläum biete daher eine einmalige Chance, ein nationales Ereignis mit internationaler Ausstrahlung zu gestalten.

#### **B. Lösung**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich aktiv an der konzeptionellen Ausgestaltung des Jubiläums zu beteiligen und mit Ländern, Städten und Institutionen ein abgestimmtes Ausstellungs- und Veranstaltungsnetz zu konzipieren, das Besucher aus aller Welt anspricht. Sicherergestellt werden soll, dass die bereits geplanten Bauten an den Bauhausstandorten Weimar, Dessau und Berlin rechtzeitig fertig werden. Im Jubiläumsjahr soll sich Deutschland vor dem Hintergrund der Bauhausgründung als Standort von Ideen, Innovation und Kreativität präsentieren. Die Bundesregierung wird beauftragt, Förderprogramme für Denkmalschutz, Städtebau oder UNESCO-Welterbe zu nutzen, um die Aktivitäten des Bauhausverbands zu unterstützen. Im Ausland sollen die Mittlerorganisationen deutscher Kulturpolitik auf das Bauhausjubiläum aufmerksam machen. Im Inland sind die vom Bund finanzierten Kulturinstitutionen aufgerufen, das Jubiläum in ihren Programmen zu berücksichtigen. Weitere Forderungen beziehen sich auf die Präsentation des Jubiläums im Internet und die Einbindung des Bildungs-, Hochschul- und Forschungsbereichs. Ein Prüfauftrag ist auf den Kulturtourismus gerichtet. Ob mit der Deutschen Zentrale für Tourismus und mit Partnern aus Wirtschaft und Verbänden kooperiert werden kann, um das Bauhausjubiläum weltweit erfolgreich zu vermarkten, soll die Bundesregierung hier ausloten.

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 18/3727 anzunehmen.

Berlin, den 2. Februar 2015

### **Der Ausschuss für Kultur und Medien**

**Siegmond Ehrmann**

Vorsitzender und Berichterstatter

**Ute Bertram**  
Berichterstatterin

**Sigrid Hupach**  
Berichterstatterin

**Christian Kühn (Tübingen)**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Ute Bertram, Siegmund Ehrmann, Sigrid Hupach und Christian Kühn (Tübingen)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/3727** in seiner 79. Sitzung am 15. Januar 2015 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Tourismus.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Im Jahr 2019 jährt sich zum einhundertsten Mal die Gründung des Bauhauses. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD betonen in ihrem Antrag, im Jahr 1919 sei vom Bauhaus ein kultureller Aufbruch ausgegangen. Das Bauhaus stehe bis heute für eine moderne, offene und freiheitliche Gesellschaft. Es sei zudem der erfolgreichste kulturelle Exportartikel Deutschlands. Das Jubiläum biete daher eine einmalige Chance, ein nationales Ereignis mit internationaler Ausstrahlung zu gestalten.

Die Fraktionen würdigen in ihrem Antrag die Geschichte des Bauhauses als Ort, der die europäische Avantgarde versammelt und als Schule, die für eine universelle Sprache der Gestaltung gestanden habe. Als mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten der wegweisenden Schule ihr Fundament entzogen wurde, seien viele der Lehrenden und der Bauhausabsolventen emigriert. Auf allen Kontinenten seien in der Folge die Ideen der bedeutendsten Gestaltungsschule des 20. Jahrhunderts fortgeschrieben worden.

Dass sich bereits mehrere Bundesländer dem „Bauhausverbund 2019“ angeschlossen haben, wird ausdrücklich begrüßt. Die Fraktionen verweisen auf Verabredungen im Koalitionsvertrag und loben das bisherige Engagement der Bundesregierung. Des Weiteren würdigen sie, dass der Deutsche Bundestag die Kofinanzierung des Bauhausmuseums der Stiftung Bauhaus Dessau, der Erweiterung des Bauhausarchivs Berlin und des Neubaus für das Bauhaus-Museum Weimar gesichert hat.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich aktiv an der konzeptionellen Ausgestaltung des Jubiläums zu beteiligen und mit Ländern, Städten und Institutionen ein abgestimmtes Ausstellungs- und Veranstaltungsnetz zu konzipieren, das Besucher aus aller Welt anspricht. Sichergestellt werden soll, dass die bereits geplanten Bauten an den Bauhausstandorten Weimar, Dessau und Berlin rechtzeitig fertig werden. Im Jubiläumsjahr soll sich Deutschland vor dem Hintergrund der Bauhausgründung als Standort von Ideen, Innovation und Kreativität präsentieren. Die Bundesregierung wird beauftragt, Förderprogramme für Denkmalschutz, Städtebau oder UNESCO-Welterbe zu nutzen, um die Aktivitäten des Bauhausverbunds zu unterstützen. Im Ausland sollen die Mittlerorganisationen deutscher Kulturpolitik auf das Bauhausjubiläum aufmerksam machen. Im Inland sind die vom Bund finanzierten Kulturinstitutionen aufgerufen, das Jubiläum in ihren Programmen zu berücksichtigen. Weitere Forderungen beziehen sich auf die Präsentation des Jubiläums im Internet und die Einbindung des Bildungs-, Hochschul- und Forschungsbereichs. Ein Prüfauftrag ist auf den Kulturtourismus gerichtet. Ob mit der Deutschen Zentrale für Tourismus und mit Partnern aus Wirtschaft und Verbänden kooperiert werden kann, um das Bauhausjubiläum weltweit erfolgreich zu vermarkten, soll die Bundesregierung hier ausloten.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** sowie der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben in ihren Sitzungen am 28. Januar 2015 jeweils die Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner Sitzung am 28. Januar 2015 die Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Kultur und Medien hat den Antrag auf Drucksache 18/3727 in seiner Sitzung vom 28. Januar 2015 abschließend beraten.

Dort unterstrich die **Fraktion der CDU/CSU** die Bedeutung des Bauhausjubiläums. Das besondere Interesse der Union an diesem Ereignis spiegle sich bereits im Koalitionsvertrag. Der Antrag sei daher seit Langem angekündigt und sorgfältig vorbereitet worden. Man wolle das einhundertste Jubiläum im Jahr 2019 zu einem Ereignis mit Strahlkraft machen – innerhalb Deutschlands, aber auch international. Zwar gingen bis 2019 noch vier Jahre hin. Aber kulturelle Großereignisse brauchten einen langen Vorlauf, zumal das internationale Interesse am Bauhaus enorm sei. Kritik aus der Opposition, es sei die Chance versäumt worden, eine interfraktionale Initiative auf den Weg zu bringen, sei unbegründet. Alle Fraktionen seien eingeladen, sich einzubringen, wenn es um die parlamentarische Begleitung der weiteren Arbeit auf dem Weg zum Jubiläumsjahr gehe.

Die **Fraktion der SPD** betonte, die Koalition setze mit ihrem Antrag Akzente und zeige, dass der Bund das Bauhausjubiläum 2019 prominent in den Blick rücken wolle. Der Bund habe mit dem Haushalt 2015 ein großes Investitionsvolumen freigesetzt und den Ländern damit signalisiert, dass er bereit sei, seinen Anteil einzubringen. Alle 16 Länder seien eingeladen, sich am Bauhausverbund zu beteiligen. Das Bauhausjubiläum komme nicht überraschend. Die Oppositionsfraktionen hätten Gelegenheit gehabt, eigene Anträge zu formulieren und in die Debatte einzuführen. Diese Möglichkeit hätten sie nicht genutzt. Für die weitere parlamentarische Begleitung der Thematik sei ein Fachgespräch im Ausschuss für Kultur und Medien im dritten Quartal 2015 ein geeignetes Format. Hierzu seien, unter der Beteiligung aller Fraktionen, Vertreter der Länder, der Bundesregierung sowie der am Jubiläum beteiligten Institutionen einzuladen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** plädierte dafür, die Abstimmung über den Antrag zu verschieben. Nach wie vor trete sie für einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen ein. Es seien allerdings auch Ergänzungen des Antragstextes an einigen Stellen notwendig, damit die Fraktion zustimmen könne. So dürfe das Bauhaus in seiner Bedeutung nicht darauf reduziert werden, erfolgreichster kultureller Exportartikel Deutschlands zu sein. Das Bauhaus sei nicht zuletzt als Reaktion auf schroffe soziale Widersprüche entstanden. Es sei für eine solidarische Gesellschaft eingetreten. Dieser Aspekt fehle jedoch im Antrag der Koalition völlig. Darüber hinaus seien die Bauhaus-Denkmale außerhalb der Museumsstandorte sowohl im Antrag als auch in der öffentlichen Präsentation der Vorhaben zum Jubiläum speziell im Internet unterrepräsentiert.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich dem Appell an, aus dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD einen Antrag aller Fraktionen zu machen. In seiner vorliegenden Fassung könne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmen. So fehle eine internationale Strategie, die der Bedeutung des Ereignisses gerecht werde. Außerdem würden konkrete Zeitpläne gebraucht. Deshalb müsse die Bundesregierung verpflichtet werden, regelmäßig Sachstandsberichte vorzulegen. Schon jetzt gebe es Informationen, dass der Eröffnungstermin 2019 für den Erweiterungsbau des Berliner Bauhausarchivs nicht zu halten sein werde.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl am 28. Januar 2015 die Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 2. Februar 2015

**Ute Bertram**  
Berichterstatlerin

**Siegmond Ehrmann**  
Berichterstatter

**Sigrid Hupach**  
Berichterstatlerin

**Christian Kühn (Tübingen)**  
Berichterstatter





